



Aktionswoche Schuldnerberatung: Person oder Beratungsstelle/Verband fordert finanzielle Allgemeinbildung

Finanzielle Allgemeinbildung von klein auf fordert Name, Funktion, Beratungsstelle/Verband, Ort. „In einer auf Konsum ausgerichteten Welt muss der Umgang mit Geld, Handy und Internet gelernt werden“, sagt N.N. So könne unter anderem dem Verschuldungsrisiko, das von „Buy Now, Pay Later“-Angeboten ausgehe, begegnet werden.

N.N. äußerte sich anlässlich der Aktionswoche Schuldnerberatung 2024, zu der die Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Verbände (AG SBV) vom xx bis xx aufruft. Die Aktionswoche Schuldnerberatung nimmt vor allem „Buy Now, Pay Later“-Angebote ins Visier. „Buy now – Inkasso später“ lautet das Motto der Aktionswoche. „Viel zu viele, auch junge Menschen, unterschätzen das Risiko, das von scheinbar so verlockenden Angeboten ausgeht, jetzt etwas im Internet zu bestellen und es später zu bezahlen. Das Risiko, den Überblick zu verlieren und in eine Schuldenfalle zu geraten ist bei diesen Angeboten extrem hoch“, sagt N.N.

Für betroffene Haushalte – darunter seien auch viele junge Menschen – sei es wichtig, wieder einen Überblick über die finanzielle Situation zu bekommen und eine gute Budgetplanung zu erstellen, wollen sie aus der Schuldenfalle heraus. „Das ist kein einfacher Weg, der auch die Schuldnerberatungsstellen vor große Herausforderungen stellt. Daher fordert auch die Schuldnerberatung der N.N. gemeinsam mit der AG SBV neben einer finanziellen Allgemeinbildung von klein auf viel mehr Transparenz bei ‚Buy Now, Pay Later‘-Angeboten“, sagt N.N. Mit den vielen verschiedenen Finanzierungs- und Zahlungsmöglichkeiten der Anbieter verschwimme für die Käuferinnen und Käufer die Grenze zwischen Rechnungskauf und Ratenfinanzierung. Die Zahlung laufe dann häufig über Drittanbieter, bei denen mit dem Kauf unter Umständen sogar ein Kredit abgeschlossen werde. „Das wird so jedoch im Kaufprozess nicht klar kommuniziert. Das kritisieren wir vor allem. Auch Angaben zu anfallenden Zinsen und Gebühren gibt es häufig nicht. Transparenz bei Zinsen und Kosten im Zusammenhang mit solchen Geschäften dürfen nicht im Kleingedruckten stehen, sie müssen für alle verständlich unmittelbar vor dem Bezahlprozess erfolgen. Da muss der Gesetzgeber tätig werden“, sagt N.N. Er ist sicher, dass auf diese Weise viele Menschen vor der Schuldenfalle bewahrt werden können.

Und wenn – unter anderem durch „Buy Now, Pay Later“-Angebote – Menschen in die Verschuldung geraten seien, müssten sie einen Zugang zur Schuldnerberatung haben. „Der darf nicht abhängig sein von örtlichen Regelungen, daher fordern wir einen Rechtsanspruch auf Schuldnerberatung für alle“, so N.N. weiter. Zudem müsse es eine dauerhaft institutionell abgesicherte primäre Präventionsarbeit geben, die Schuldnerberatungsstellen in Trägerschaft der Verbände leisten könnten. „Vorbeugen ist hier besser als heilen, es erspart vielen Menschen die drohende Armut. Und wenn Menschen in diese Situation kommen, muss vor allem Soziale Schuldnerberatung gestärkt werden. Sie verfolgt einen ganzheitlichen Beratungsansatz und unterstützt Überschuldete bei ihrer wirtschaftlichen und psychosozialen Stabilisierung. Ein auch volkswirtschaftlich messbarer Mehrwert“, so N.N.